

SPD Fraktion
Gemeindevertretung
Grebenhain

CDU Fraktion
Gemeindevertretung
Grebenhain

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
der Gemeinde Grebenhain
Hauptstraße 51
36355 Grebenhain

ANTRAG an die Gemeindevertretung der Gemeinde Grebenhain:

Bürgerbefragung zur Straßenausbaubeitragssatzung

Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen folgenden Beschluss der Gemeindevertretung:

1. Zusammen mit der Kommunalwahl am 14.03.2021 wird eine Bürgerbefragung zum Thema Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) der Gemeinde Grebenhain durchgeführt.
2. Mit dieser Bürgerbefragung soll ein Stimmungsbild abgefragt werden, ob die Bürgerschaft eine vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge oder lieber eine Absenkung der Beitragssätze oder eine Beibehaltung der derzeitigen Satzungsregelung wünschen. Hierzu sind die Fragen wie folgt zu formulieren:
 - A) Beibehaltung des seitherigen Systems zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge
Ich bin für die Beibehaltung der Straßenausbaubeiträge in ihrer jetzigen Höhe.
 - B) Generelle Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
Ich bin für die generelle Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, auch wenn zur Gegenfinanzierung des Straßenausbauprogramms der Gemeinde in den nächsten 10 Jahren in Höhe von 7 Mio. Euro, eine Erhöhung der Grundsteuer B um weitere 262 %-Punkte notwendig wären.
 - C) Reduzierung des Beitragssatzes der Straßenausbaubeiträge
Ich bin für eine Reduzierung der Beitragssätze um die Hälfte der jetzigen Anteile, auch wenn zur Gegenfinanzierung des Straßenausbauprogramms der Gemeinde in den nächsten 10 Jahren in Höhe von 7 Mio. Euro, eine Erhöhung der Grundsteuer B um weitere 131 %-Punkte notwendig wäre.
3. Das Ergebnis dieser Befragung ist für die Gemeindevertretung nicht bindend, soll aber eine Orientierung geben.

4. Die Bevölkerung ist im Vorfeld der Befragung umfassend über die Auswirkungen der einzelnen Entscheidungsmöglichkeiten zu informieren. So ist zum Beispiel die Bestandsaufnahme der Gemeinde-Straßen, welche die Verwaltung erstellt hat, den Bürgern in geeigneter Form zugänglich zu machen (z.B. auf der Gemeinde-Webseite)

Begründung:

Die Fraktionen in der Grebenhainer Gemeindevertretung teilen die Auffassung der Bürgerinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, dass die Beitragspflicht eine erhebliche Belastung für die Anlieger darstellt und daher möglichst abzuschaffen ist.

Daher wird die Initiative der SPD im hessischen Landtag unterstützt, die sich dafür einsetzt, dass die Straßenausbaubeiträge durch die Landesregierung abgeschafft werden und zeitgleich die Kommunen für den Ausfall der Beiträge einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Die Grebenhainer SPD-Fraktion und auch die CDU-Fraktion wollen daher alle Möglichkeiten nutzen, um weiterhin Druck auf die Landesregierung auszuüben, um dies zu erwirken. Oberstes Ziel ist zunächst, alles zu versuchen, um den finanziellen Ausfall vom Land ersetzt zu bekommen, wie es zum Beispiel im Freistaat Bayern der Fall ist. Wenn dies gelingt, müsste es erst gar nicht zu einer generellen Belastung bzw. Umverteilung auf alle Bürger/innen in der Gemeinde kommen.

Sollte dies nicht gelingen, so wären die finanziellen Ausfälle, die durch eine generelle oder teilweise Abschaffung der Beiträge entstehen, von allen Bürgern durch die zur Verfügung stehenden Finanzmittel im Gemeindehaushalt zu finanzieren. Hierfür müssen dementsprechend andere Einnahmequellen angezapft werden, da durch Einsparmaßnahmen an anderer Stelle alleine diese Mittel nicht aufzubringen sind. Gegebenenfalls sind hierzu auch Erhöhungen der Grundsteuer notwendig, um eine verlässliche Finanzierung sicherzustellen, da die Grundsteuern neben der Hundesteuer und der Gewerbesteuer die einzigen Steuerarten sind, auf die die Gemeinde unmittelbaren Einfluss hat.

Aus diesem Grund spricht sich die SPD- und die CDU-Fraktion dafür aus und beantragt hiermit, im Rahmen der bevorstehenden Kommunalwahl eine Bürgerbefragung durchzuführen. Es soll damit allen Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, an der Meinungsbildung teilzuhaben.

Wie stellt sich die Situation dar und welche Möglichkeiten können zur Auswahl gestellt werden?

Um den von der Verwaltung ermittelten Investitionsstau im Bereich der Erneuerung (Ausbau) von Gemeindestraßen in Höhe von 12,5 Mio. € innerhalb einer überschaubaren Zeit abzubauen, sehen wir es als notwendig an, zunächst für die nächsten 10 Jahre für den reinen Straßenausbau in Form einer grundhaften Erneuerung (ohne Reparaturen und ohne die Ersterschließung von Gemeindestraßen) ein jährliches Budget von rund 700 000 € zur Verfügung zu

stellen und entsprechend im Haushalt einzuplanen. Hinzu kommen noch die Mittel für Reparaturen und die erstmalige Herstellung von Straßen im Gemeindegebiet.

Die von den Anliegern zu tragenden Beitragssätze betragen derzeit je nach Klassifizierung der jeweiligen Straße in der Regel 75% bzw. 50%. Daraus errechnet sich eine durchschnittlichen Beitragsquote von 62,5% der Baukosten.

Bezogen auf die notwendigen 700 000 € Ausbau-Budget, ergibt sich im Falle einer generellen Beitragsabschaffung ein finanzieller Ausfall von ca. 437.000 € pro Jahr für die Gemeinde. Die Gemeinde Grebenhain hat derzeit eine Einnahme von allen Grundstücksbesitzern der Großgemeinde aus der Grundsteuer B von etwa 1670,- € pro Hebesatzpunkt. Derzeit beträgt der Hebesatz 359 %-Punkte.

Daher müsste eine vollständige Abschaffung der STRABS durch eine deutliche Hebesatz-Anpassung von 262 %-Punkten für alle Bürgerinnen und Bürger ausgeglichen werden (dies entspricht einer Erhöhung um ca. 73 % gegenüber der derzeitigen Grundsteuer).

Alternativ würde im Falle einer teilweisen Reduzierung (statt einer Abschaffung) der Beitragssätze für die dann weiterhin zu erhebenden Anlieger-Beiträge um beispielsweise die Hälfte die Hebesatz-Anpassung 131 %-Punkte betragen (dies entspricht einer Erhöhung um ca. 36,5 % gegenüber der derzeitigen Grundsteuer).

Bei den laufenden größeren Ausbauprojekten in der Gemeinde Grebenhain setzen wir uns dafür ein, dass die Beitrags-Heranziehung erst nach Fertigstellung der Maßnahmen in ca. 2 Jahren erfolgt. Eine Entscheidung über die generelle oder teilweise Abschaffung der Beitragspflicht soll aber in jedem Falle vor dieser Heranziehung erfolgen.

Deshalb wollen wir bereits jetzt ernsthaft eine Entlastung der betroffenen Anlieger in Bezug auf die Beitragspflicht prüfen. Hierbei ist es aber auch wichtig, alle Bürgerinnen und Bürger von Anfang an im Vorfeld einer derart weitreichenden Entscheidung über eine mögliche Abschaffung der STRABS mitzunehmen, diese zu informieren und uns auch ein Meinungsbild einzuholen.

Da die Entscheidung über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auf Dauer angelegt und wirksam sein wird, sind von dieser Entscheidung nicht nur die derzeit von einem Straßenausbau berührten Anlieger, sondern über kurz oder lang alle Bürgerinnen und Bürger betroffen - auch dann, wenn der Straßenausbau bei ihnen möglicherweise erst in mehr als 10 Jahren ansteht.

Mit der nun angestrebten Befragung wird das Ziel verfolgt, ein grundsätzliches Meinungsbild zu erhalten, ob zukünftig die Lastenverteilung von allen Bürgerinnen und Bürgern voll oder teilweise getragen werden soll, oder ob es bei dem seitherigen Modell einer individuellen Belastung bleiben soll.

Die Fraktionen beantragen daher, im Rahmen der Bürgerbefragung die oben genannten drei Aussagen zur Auswahl zu stellen und im Vorfeld der Befragung die Bürgerinnen und Bürger über das Mitteilungsblatt zur Thematik und den Hintergrund der Befragung ausführlich aufzuklären.

Der Gemeindevorstand soll hierzu mit der Verwaltung ein Informationsschreiben und einen entsprechenden Stimmzettel erarbeiten, welche der Gemeindevertretung zur Freigabe bis zur nächsten Sitzung vorzulegen sind. Ferner hat der Gemeindevorstand alle Vorbereitungen für die Befragung sehr zeitnah zu treffen, um die Befragung auch bereits mit Beginn der Briefwahl Anfang Februar 2021 durchführen zu können.

Grebenhain, 14.12.2020

Maximilian Ziegler

Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

Stephan Weitzel

Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion